

Thomas Gebauer, medico international

„Mit Zäunen gegen Staatszerfall und soziale Ungleichheit? Fluchtursachen bekämpfen geht anders!“

Wir alle haben die Bilder der letzten Wochen noch vor Augen: die Bilder von Flüchtlingen, die im Schlamm versinken; von eilig hochgezogenen Stacheldrahtzäunen an den Grenzen; von brennenden Asylunterkünften; von nächtelang tagenden Sondergipfeln.

Tatsächlich scheint sich heutige Politik vor allem um ein Thema zu drehen: um Flucht und Gewalt. Ich bin zuletzt immer wieder gefragt worden, ob das, was wir nun erleben, noch ein Ausnahmezustand sei oder bereits neue Normalität. Die Antwort ist mir nicht leicht gefallen. Es ist wohl noch ein Ausnahmezustand. Aber sehr schnell kann daraus - sollten wir die Herausforderungen nicht ernst nehmen - bittere Normalität werden.

Für einen Großteil der Weltbevölkerung jedenfalls sind Gewalt und Elend längst Alltag. Neu ist, dass die Schrecken der Welt, denen Menschen im Süden zu entkommen versuchen, mehr und mehr auch mitten in Europa spürbar werden. Auch wir bekommen langsam eine Ahnung davon, wie sehr die Welt aus den Fugen geraten ist.

Warum das so ist, warum Menschen dort in die Flucht und hier in die Hände von Extremisten getrieben werden, darüber will ich nun reden.

Flüchtlingen beizustehen und der wachsenden Gewalt zu begegnen, ist ohne Frage ein Gebot der Stunde, eines, das wir angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen auch in Europa gar nicht ernst genug nehmen können. Dennoch müssen wir uns - über die Hilfsbereitschaft hinaus - auch Klarheit darüber verschaffen, wie denn die globalen Verhältnisse politisch zu gestalten wären, damit Menschen gar nicht erst verzweifelt umherziehen müssen und Hass und Gewalt keine Chance hat.

Es sind zuletzt zahlreiche Aufrufe erschienen, die uns an Werte wie Mitmenschlichkeit und Solidarität gemahnen. Fast alle diese Appelle enden mit der Forderung, endlich auch die Fluchtursachen anzugehen. Eine Forderung, auf die sich, so scheint es, alle einigen können: sie schmückt Bundestagsreden ebenso wie die Spendenaufrufe von Hilfsorganisationen und die Flugschriften von Flüchtlingsinitiativen. Fragen wir aber nach, was denn mit „Fluchtursachen“ gemeint ist, wird die Sache fast immer vage. Da wimmelt es von falschen Analysen und Strategien, die letztlich nur eigennützige sicherheitspolitische Interessen verfolgen.

Wenn Kriegsgebiete, wie Afghanistan, zu einem sicheren Herkunftsland erklärt werden sollen und Regierungen, wie die in der Türkei, und so mancher afrikanischer Diktator mit einem Mal als diskrete Verhandlungspartner erscheinen, geht es nicht um die Bekämpfung der Ursachen der Flucht, sondern allein um die Bekämpfung der Flucht bzw. der Flüchtenden.

Wenn wir das nicht wollen, wenn wir tatsächlich nachhaltige Lösungen anstreben, müssen wir den Blick für das schärfen, was die Flucht antreibt. Denn die Gründe für die Flucht fallen

nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis globaler Verhältnisse, die die Interessen der Ökonomie über die der Menschen gestellt haben.

Sie werden vielleicht einwenden wollen, dass Kriege, wie die, die gegenwärtig Syrien oder Afghanistan verheeren, nicht allein eine Sache der Ökonomie sind. Das stimmt, keine Frage. Dennoch wissen wir, dass ohne die vom Weltmarkt produzierte Armut, ohne die neoliberale Aufkündigung der Sozialstaatlichkeit und ohne die Zerstörung der Umwelt durch eine verantwortungslose Produktionsweise, die Verhältnisse nie so eskaliert wären. Das gilt auch für Syrien – ich komme darauf später zurück.

Wenn wir die Länder betrachten, aus denen Menschen fliehen, zeigen die - bei aller Verschiedenheit - doch auch Gemeinsamkeiten.

Ob im Irak, in Afghanistan, Mali oder Guatemala, in all diesen Ländern sind Merkmale von wachsender sozialer Ungleichheit und Staatszerfall auszumachen. Beides aber fällt nicht vom Himmel, beides ist Ergebnis dessen, was wir Globalisierung nennen, genauer: eine Folge der marktradikalen Umgestaltung der Welt, der globalen Entfesselung des Kapitalismus

In deren Zuge ist die Welt einerseits näher zusammengerückt, doch zeigt sie sich zugleich auch gespaltenere denn je. Hier der reiche globale Norden mit seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vorherrschaft, dort der globale Süden, die Zonen des Elends, der Chancenlosigkeit und Ausgrenzung.

Für die Bewohnerinnen und Bewohner des globalen Nordens ist weltweite Bewegungsfreiheit nicht nur selbstverständlich, sondern nachgerade die Grundlage für eine hochflexibel gewordene Existenz. Dagegen genießen die Bewohnerinnen und Bewohner des globalen Südens, die in ihrer Entwurzelung zwar gleichfalls nirgendwo mehr richtig zu Hause sind, alles andere als Freizügigkeit.

Lässt man das euphemistische Gerede vom „global village“ mal beiseite, entpuppt sich die Globalisierung – so wie sie bislang stattgefunden hat – zuallererst als eine ökonomische Strategie. Ziel war nicht die Schaffung von weltbürgerlichen Verhältnissen, sondern die Wiederankurbelung der in den 1970er Jahren ins Stocken geratenen Kapitalverwertung.

Damals schienen die Grenzen des Wachstums nahe und das Erzielen von Rendite nur noch über die Senkung der Produktionskosten möglich. Erreicht wurde dies unter anderem durch den Einsatz neuer Technologien, aber auch über der Internationalisierung der Produktionsabläufe. Investiert wurde fortan bevorzugt dort, wo Subventionen und Steuerbefreiungen lockten, wo die Hürden durch Arbeits- und Umweltschutz gering waren, mit anderen Worten: wo größere Profitmargen winkten. Arbeitsplätze wurden in die Billiglohnländer des Südens verlagert, die Firmen selbst grenzüberschreitend verschachtelt.

Voraussetzung für die Internationalisierung der Produktion war die Liberalisierung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. Entsprechend stand nicht die Freizügigkeit von Menschen auf der Agenda der Globalisierung, sondern die Freiheit von Waren und Geldströmen.

Das Versprechen, dass dabei auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich als Trugschluss erwiesen. Statt zu einem Trickle-down-Effekt kam es zu dessen Gegenteil, zur Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Gerade einmal ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt heute die Hälfte des weltweiten Vermögens.

In den letzten Jahrzehnten ist die soziale Ungleichheit sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder dramatisch angewachsen. Und das ist nicht meine Behauptung. Kürzlich die Bunderegierung. Und selbst das Davoser Weltwirtschaftsforum hat inzwischen eingestehen müssen, dass sich im Zuge der Globalisierung das Risiko für soziale Verunsicherung vergrößert hat. Soziale Verunsicherung - übersetzt heißt das zunehmende Bedeutungs- und Perspektivlosigkeit, fehlende Arbeit, Hunger, Vertreibung durch Klimawandel, Hunger, Kriege. All das ist heute für eine wachsende Zahl der Weltbevölkerung bitterer Alltag.

Doch damit nicht genug: Denn parallel zur Umverteilung von unten nach oben ist die öffentliche subventionierte Daseinsvorsorge, die in vielen Ländern eh nur in Fragmenten vorhanden war, weiter ausgehöhlt worden. Um die damals mitunter hoch verschuldeten Länder des Südens in die Weltwirtschaft einbinden zu können, wurden ihnen von Weltbank und dem Internationale Währungsfonds (IWF) drastische Einschnitte in der Sozialpolitik aufgezwungen, - so z.B. die Abschaffung subventionierter Grundversorgung oder die Privatisierung öffentlicher Institutionen. Vielerorts haben diese Strukturanpassungsprogramme zu einer kompletten Aushöhlung öffentlicher Daseinsvorsorge geführt.

Budgetmittel, die zur Finanzierung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung notwendig gewesen wären, flossen in den Schuldendienst bzw. in den Aufbau von Sicherheitsapparaten, mit denen sich jene lokalen Eliten, die nach außen die weltwirtschaftliche Integration ihrer Länder garantierten sollten, schützten.

Nicht demokratische Gemeinwesen konnten sich so herausbilden, sondern autoritäre Herrschaftsverhältnisse. In nicht wenigen Ländern ist es schließlich zu einem vollständigen Zusammenbruch staatlicher Strukturen gekommen.

Dass aus solchen Umständen Gewalt erwächst, sollte nicht verwundern. Auch nicht, dass Machthaber, die sich nicht mehr demokratisch legitimieren können, zur Erhaltung ihrer Macht Feindbilder schüren und dafür sorgen, dass sich soziale Konflikte in ethnische Auseinandersetzungen verschieben und schließlich in offene Gewalt umschlagen.

Auch in Syrien ist diese Entwicklung zu beobachten gewesen, auch vor Syrien hatten die negativen Effekte der Globalisierung nicht halt gemacht. Syrien, das eigentlich ein Schwellenland mit einem hohen Prozentsatz an mittlerem Einkommen war, erlebte in den letzten 15 Jahren die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, während der Reichtum der Elite zunahm. Gleichzeitig fuhr Damaskus alle sozialstaatlichen Subventionen für bezahlbare Mieten und Bildung zurück.

Die globale Entfesselung des Kapitalismus hat die Welt zu einem extrem unsicheren Ort gemacht, dem immer mehr Menschen zu entfliehen versuchen.

Um eines aber gleich klar zu machen: Nur die wenigsten kommen und werden nach Europa kommen. Die meisten wandern ab in die Slums der Städte, manche in den Nachbarländern. Flucht und Migration sind zuallererst regionale Phänomene. Und die, die uns kommen, sind nicht die Ärmsten der Armen. Die nämlich schaffen es in der Regel nicht einmal, ihre Dörfer zu verlassen. Über 300 Millionen Menschen sind seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes aufgrund von Armut gestorben. Das sind mehr als in all den Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammen.

Man muss kein Pessimist sein, um vorauszusagen, dass dieses stille, hierzulande kaum wahrgenommene Verrecken von Menschen anhalten wird, wenn die herrschende Zerstörungsdynamik nicht gestoppt wird.

Die Zahl der Klimaflüchtlinge, die jetzt schon auf 20 Millionen geschätzt wird, wird weiter ansteigen, ebenso die Zahl der Kleinbauern, die z.B. aufgrund von Landraub aus ihren Subsistenzwirtschaften vertrieben werden, ohne dass ihnen Alternativen zur Verfügung stünden.

Daran hat auch die deutsche Politik Anteil. Deklariert als Entwicklungshilfe beteiligt sich das Entwicklungshilfeministerium an der Umstrukturierung der afrikanischen Landwirtschaft nach europäischem Vorbild: - vorgeblich, um den Hunger zu bekämpfen, tatsächlich aber um die Interessen des internationalen Agrobusiness zu bedienen. Mehr als 100 Millionen Kleinbauern könnten in den kommenden Jahren ihrer Existenz beraubt werden, warnen Kritiker.

Auch die Freihandelsabkommen, die heute den Ländern im Süden aufnötigt werden, werden zur Zementierung der bestehenden ungerechten weltwirtschaftlichen Strukturen beitragen.

Zu den gravierendsten Problemen vieler Länder Afrikas zählt eine nur schwach entwickelte industrielle Produktion. Afrika exportiert Rohstoffe, aber kaum Fertigprodukte. Der Anteil am Gesamtexport ist verschwindend gering und liegt - mit fallender Tendenz - bei heute 0,8%.

Über 99% der Fertigprodukte kommen aus dem Ausland: Massenprodukte aller Art aus China, industriell gefertigte Lebensmittel aus Europa, Arzneimittel von multinationalen Konzernen, usw.

Wollte Afrika eine eigene industrielle Produktion aufbauen, müsste es seine Produzenten durch protektionistische Maßnahmen schützen: durch Importzölle auf Fertigwaren aus dem Ausland z.B. oder durch Subventionen. Im Kontext nachholender Entwicklung war das völlig üblich: auch Deutschland konnte Ende des 19. Jahrhunderts den Rückstand gegenüber England nur durch Schutz der eigenen Wirtschaft aufholen.

Genau ein solcher Protektionismus aber ist den meisten afrikanischen Regierungen untersagt. Dafür sorgen eben die bilateralen Außenhandelsabkommen, die den Ländern in den zurückliegenden Jahren aufgenötigt wurden, darunter auch die „Economic Partnership Agreements“ mit der EU.

Darin ist das vertraglich fixiert, was die Flucht von Menschen anfeuert: nämlich, dass Europa für den Zugriff auf relevante Rohstoffe kaum Steuern zahlen muss und auch Waren zollfrei nach Afrika exportieren kann, Afrika im Gegenzug aber allerlei Lizenzgebühren zahlen muss: für patentgeschütztes Saatgut z.B., für Arzneimittel, Kommunikationstechnologie usw.

Das destruktive Potential der „Economic Partnership Agreements“ ist übrigens sehr gut bekannt, auch unter denen, die sie aushandeln. Im Gespräch mit Hilfeorganisationen bestätigten hochrangige Beamte im Kanzleramt: Ja, wir sollten darauf achten, dass die negativen Effekte für die Länder des Südens nicht allzu groß werden.

Ich könnte jetzt noch eine Reihe andere Gründe anführen, die zur Zerstörung der Lebensgrundlagen von Menschen im Süden beitragen: der Trawlerfischfang, die

Waffenexporte, etc., will aber lieber noch ein paar Gedanken darüber verlieren, was zu tun sei, welche Lektionen zu lernen sind.

1.

Globalisierung und Migration die zwei Seiten einer Medaille sind. Dabei setzen die Migranten und Flüchtenden der wirtschaftlichen „Globalisierung von oben“ eine Art „Globalisierung von unten“ entgegen. Eine Globalisierung, die ich nicht idealisieren will, die keineswegs eine sich selbst bewusste politische Bewegung darstellt, aber vom Beharren auf Teilhabe getragen wird. Der Akt, Grenzen zu überschreiten, ist ein Akt des Aufbegehrens, keine Frage. Aber es sind keine revolutionären Subjekte, die uns in Gestalt der Flüchtenden gegenüberreten. Die Menschen, die zu uns kommen, sie sind nicht besser oder schlechter als wir selbst.

Viele Menschen im Süden aber haben längst begriffen, dass es die weltpolitischen Verhältnisse sind, die jederzeit, ob mittel- oder unmittelbar, über Erhalt und Vernichtung der eigenen Lebensgrundlagen entscheiden können. Die Chancen von asiatischen Familien oder afrikanischen Dorfgemeinschaften, in einer aus den Fugen geratenen Welt dennoch überleben zu können, sind natürlich größer, wenn sich einzelne Familienmitglieder in den prosperierenden Ländern des Nordens etablieren können.

Der Entfesselung des Kapitalismus, der Globalisierung von oben, setzen Menschen im Süden Flucht und Migration als Globalisierung von unten entgegen. Dies zu akzeptieren, zu akzeptieren, dass Globalisierung ohne Migration nicht zu haben ist, stellt wohl die größte Herausforderung dar, der sich Nationalstaaten heute stellen müssen.

2.

Nehmen wir diese Herausforderung ernst, dann ist ein komplett anderes Handeln notwendig als das, was die eilig einberufenen Krisenstäbe derzeit vorantreiben.

Weder werden Zäune und die militärische Bekämpfung von Schleusern die Flucht verhindern, noch werden die viele Milliarden, die auf einmal wieder zur Verfügung stehen, um etwa den Nachbarländern Syriens bei der Versorgung von Flüchtlingen zu beizustehen, eine dauerhafte Lösung bringen. Und schon gar nicht das Mehr an sog. „Entwicklungshilfe“, das afrikanischen Machthabern als Gegenleistung zur Mithilfe bei der Fluchtkontrolle angeboten wurden.

Khartum-Prozess: Polizeihilfe für Regime, die nachweislich systematisch die Menschenrechte verletzen: nicht Bekämpfung der Fluchtursachen, sondern Flüchtlinge, nur das eine Ziel: vom Leib halten.

Was droht, ist eine humanitäre Katastrophe von gigantischem Ausmaß.

Um die zu verhindern, bedarf es einer radikal anderen Politik und die beginnt mit einer grundlegenden Korrektur des herrschenden Sicherheitsbegriffes.

Zu dessen Eigentümlichkeiten zählt, dass er Sicherheit selektiv begreift. Es ist die eigene Sicherheit, die durch Gefahren, die von außen kommen, bedroht ist. Die Gefahren kommen nicht von außen, sondern von innen. Die Katastrophe hat hier ihren Ausgang genommen. Wenn wir es genau nehmen, ist es das von uns in alle Welt exportierte Wirtschaftssystem,

das die Ursache des Elends und der Flucht ist. Wir sind der Grund, warum Menschen fliehen. Von dieser Erkenntnis ist die Politik noch weit entfernt.

Es ist bezeichnend, dass in den offiziellen Risikoanalysen die Ursachen für die gegenwärtig in der Welt herrschenden Bedrohungen viel zu selten mit der politischen, ökonomischen und kulturellen Vorherrschaft des Nordens in Verbindung gebracht werden. Nicht die ungerechten weltwirtschaftlichen Verhältnisse gelten als das Problem, sondern das, was aus ihnen folgt: der Staatszerfall, die Verslumung der Städte, die Gewalt, die Migration. Nicht die milliardenschweren EU-Agrarsubventionen stehen im Fokus, sondern die Flüchtlinge aus Afrika, die sich auf den Weg nach Europa machen, weil die Erträge ihrer Landwirtschaft mit den subventionierten Produkten aus Europa nicht konkurrieren können.

Nicht Sicherheitspolitik schafft Frieden, sondern nur weltweiter Ausgleich, nicht Abschottung, sondern nur eine Politik der Integration. Schon die Propheten im Alten Testament wussten, dass Frieden nicht das Ergebnis von Sicherheit ist, sondern von Gerechtigkeit: der Gerechtigkeit Frucht wird der Friede sein, heißt es bei Jesaja.

3.

So verständlich das Bedürfnis nach Sicherheit ist, wird ihm mit Überwachen, Strafen und schärferen Gesetzen nicht zu entsprechen sein. Selbstverständlich müssen Gewalttäter zur Rechenschaft gezogen werden, und selbstverständlich ist es unerträglich, wenn in Köln und anderen deutschen Städten allein in einer Nacht Hunderte von Frauen sexuell belästigt und ausgeraubt werden. Eine nachhaltige Bekämpfung dieser seit längerem schon zu beobachteten Gewalt wird nur gelingen, wenn wir an den Ursachen ansetzen.

Perspektivlosigkeit und soziale Verunsicherung sozialen gibt es ja auch hier. Auch hierzulande nimmt die soziale Ungleichheit zu.

Längst gibt es die Elendsgebiete auch am der Rande europäische Großstädte: die Banlieus in Frankreich, die sozialen Brennpunkte in Deutschland. Die Chancen von jungen Menschen, die in diesen Stadtvierteln aufwachsen, sind gleich null. Ihr Bedürfnis nach Anerkennung läuft ins Leere. Frust macht sich breit, Versagensängste. Fliehen aber können sie nicht. Wohin sollten sie auch gehen? Was bleibt, ist leider allzu oft nur das Ausleben von Gewalt und die Demonstration männlicher Stärke und schließlich die Verachtung für ein System, das ihnen keine Chance lässt. Inzwischen haben sich Dutzende junge Menschen auch aus Frankfurt dem IS angeschlossen.

Auch wenn in Köln auch Flüchtlinge und Asylbewerber unter den Täter waren, würde es in die Irre führen, solche Gewaltphänomene allein über fremde Kulturen erklären zu wollen. Lange vor Köln haben Sozialarbeiter und Psychologen immer wieder vor einer wachsenden Gewalt als Teil heutiger Jugendkultur gewarnt. Vielleicht haben Sie einmal Stanley Kubrick Film „Uhrwerk Orange“ gesehen. Das, was wir heute erleben, ist darin mit großer Weitsicht geschildert.

Gewalt kommt aber nicht nur von jungen sich ausgeschossen fühlenden Männern, sondern auch von biedereren Bürgern, die zunehmend skrupelloser zu Brandstiftern werden. Auch die gilt es mit den Mitteln des Rechtsstaats zu verfolgen, aber auch hier bin ich überzeugt, dass Strafverfolgung alleine keine Lösung bringen wird.

Denn das, was die Mitläufer von Pegida antreibt, ist gar nicht so verschieden von dem, was die jungen Gewalttäter motiviert. Auch die fühlen sich zurückgesetzt, nicht anerkannt, sorgen sich um eine Welt, die ihnen immer weniger durchschaubar ist, in der sie sich verloren fühlen.

Solche Ängste aber fallen nicht vom Himmel; sie sind das Ergebnis einer Entwicklung, die weit in der Geschichte zurückreicht und von zunehmender Individualisierung und der Auflösung bzw. Entwertung traditioneller Sozialsystems charakterisiert ist.

Dieser Entwicklung hat der Neoliberalismus mit seiner Erhöhung der Idee von Eigenverantwortung großen Vorschub geleistet. Vielleicht erinnern Sie sich an Margret Thatchers monströse Behauptung: *There is no such a thing as society*, mit der sie Ende der 80er Jahre das Programm für die neoliberale Umgestaltung der Welt umrissen hat. „Wenn jede und jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht“, so das zynische Credo des Neoliberalismus, in dessen Zentrum eben nicht mehr die Idee einer solidarisch verfassten offenen Gesellschaftlichkeit steht, sondern die Konkurrenz und somit letztlich eine egoistische Grundhaltung.

Wo alle gegen alle kämpfen, wo nur die Siegertypen zählen, die, die in den alltäglichen Rankings ganz oben stehen, wo öffentliche Daseinsvorsorge durch privates Risikomanagement ersetzt wird, da machen sich Verlustängste breit.

Angst nicht alleine vor Wohlstandverlust, sondern viel allgemeiner: Angst davor, mit der Welt, wie sie ist, nicht mehr zu recht zu kommen, zu scheitern, keine Anerkennung zu finden. Wo jede und jeder für sich selbst verantwortlich soll und am Ende diejenigen, die sich um Andere kümmern, als „Gutmenschen“ verunglimpft werden, da entwickelt sich so etwas wie eine „transzendente Obdachlosigkeit“, wie Georg Lukacs gesagt.

Der soziale Kitt, der Gesellschaften zusammenhält, bröckelt, die Menschen vereinzeln, erkranken an Burnout und Depressionen. Jugendlichen, die ohne echte Perspektive sind, finden Identität und Banden und Gewalt in der Gewalt. Andere sehnen sich zurück in autoritären Wohlfahrtstaats, der mit dem real ex. Sozialismus untergegangen ist und versuchen ihre soziale Verunsicherung über den Anschluss an rechtspopulistische Bewegungen zu kompensieren.

Und so hat sich inmitten unserer Gesellschaft etwas breit, das ich als Unbehagen in der Globalisierung beschreiben würde.

4.

Was tun? - Ein Hinweis darauf, was zu tun wäre findet sich in Artikel 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dort heißt es: alle Menschen haben das Recht auf „eine soziale und internationale Ordnung, in der die Rechte und die Freiheit, die mit der Erklärung in Kraft treten, auch voll verwirklicht sind“.

Von einer solchen internationalen Ordnung sind wir meilenweit entfernt.

Um der herrschenden Krisendynamik zu begegnen, bedarf es einer Vision, die das Andere, die neue „soziale und internationale Ordnung“ wenigstens in ihren grundlegenden Prinzipien aufscheinen lässt.

Dabei geht es um Alternativen zur herrschenden profit- und wachstums-orientierten Ökonomie, um die Weiterentwicklung genossenschaftlicher Ideen, um Überlegungen, wie öffentliche Daseinsvorsorge sichergestellt werden kann. Sie sehen, es geht keineswegs darum, die Welt komplett neu zu erfinden. Längst wissen wir um die Bedeutung von demokratischer Teilhabe, von Rechtssicherheit und öffentlicher Daseinsvorsorge. Umso verwunderlicher ist es, dass eben diese Prinzipien heute so bedroht sind. Dass auch hierzulange die öffentliche Daseinsvorsorge immer weiter ausgehöhlt wird.

Wie falsch es war, den sozialen Wohnungsbau mehr und mehr der Privatwirtschaft zu überlassen, wird interessanterweise heute, wo Kommunen verzweifelt nach Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge suchen, deutlich. Von den 6 Mio. Sozialwohnungen, die es einmal in Deutschland gegeben hat, existieren gerade noch 1,4 Mio. Unter solchen Umständen ist die Sorge, dass sich demnächst ein neuer Häuserkampf ereignen könnte, in dem Flüchtlinge gegen sozial Schwache und Obdachlose ausgespielt werden, nicht von der Hand zu weisen. Ohne die Wiederentdeckung von Wohnen als Gemeingut, ohne eine massive Förderung des sozialen Wohnungsbaus, wird es keine Lösung geben.

Notwendig ist eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt fördert, statt ihn zu unterminieren. Dazu braucht es mehr als wohlfeile Sonntagsreden. Erforderlich ist die Schaffung der normativen und materiellen Voraussetzungen für ein gemeinwohlorientiertes Zusammenleben auch auf globaler Ebene. Zugeben, auch das ist eine große Herausforderung, aber eben eine, an der kein Weg vorbeigeht. Konkret heißt das: die internationale Angleichung von Arbeits- und Sozialstandards, eine effektive Regulierung umweltschädigender Produktion, die Bekämpfung der Steuerflucht, die Revision bereits bestehender Freihandelsabkommen und die Verhinderung neuer wie z.B. TTIP und nicht zuletzt auch der Aufbau von sozialen Sicherungssystemen für alle Menschen an allen Orten der Welt. Was uns da vorschwebt, ist ein solidarisch finanzierter Internationaler Fonds für Gesundheit, der – wie der deutsche Landesfinanzausgleich – dafür sorgt, dass auch ärmere Länder imstande sind, ihren Bevölkerungen Zugang zu umfassender sozialer Sicherung zu ermöglichen.

Es ist klar, dass mit dem Verweis die Notwendigkeit von staatlichen und zwischenstaatlichen Institutionen auch die Frage von Staatlichkeit insgesamt aufgeworfen ist, - und in dieser Frage herrscht allerdings Klärungsbedarf.

Mit Blick auf die bestehende Institutionen, von denen nicht wenige zu bürokratischen und herrschaftssichernden Apparaten verkommen sind, ist die Forderung nach einer „Austrocknung“ von Staatlichkeit, wie sie etwa im Occupy-Kontext laut geworden ist, durchaus nachvollziehbar. Auf prekäre Weise ähnelt sie aber der Staatskritik, die von neoliberaler Seite und bezogen auf Europa von der AFD kommt kommt.

Nicht in der Abschaffung staatlicher Institutionen liegt die Lösung, nicht in der Aufgabe Europas, sondern dessen demokratische Umgestaltung von unten. Dazu würde dann auch eine andere Sozialpolitik gehören, die Geld braucht, mit anderen Worten eine andere Steuerpolitik.

Apropos Steuerflucht! - Ist Ihnen aufgefallen, wie gerne Länder wie Luxemburg oder die Niederlande den Vermögenden dieser Welt behilflich sind, wenn es darum geht, deren Steuerflucht zu organisieren? Müssten wir nicht in Firmen wie PriceWaterhouseCoopers, die offen mit der Kompetenz der Steuervermeidung werben, die wahren Schleuserbanden sehen, die es heute zu bekämpfen gilt? 290 Mrd. weltweit, 51 Mrd. den Ländern des Südens.

Vor allem aber bedarf es einer radikalen Veränderung der herrschenden Produktions- und Konsumverhältnisse. Denn solange sich die Schaffung von Wohlstand auf der Ausbeutung anderer gründet und die Sicherung eigener Privilegien mit Ausgrenzung einhergeht, werden die globalen Spaltungsverhältnisse anhalten.

Gefordert sind wir alle. Auch wir können dazu beitragen, dass eine andere, eine solidarische Welt entsteht. Denn es liegt auch an uns, für die Herausbildung einer „Nicht-imperialen Lebensweise“ zu sorgen, - eine die sich nicht auf Übervorteilung und Ausbeutung anderer gründet. Es geht darum, die eigenen Konsumgewohnheiten zu überdenken und uns auf Formen eines Wirtschaftens zurückzubedenken, die nicht von partikularen Profitinteressen angetrieben wird, sondern auf die Verwirklichung globaler sozialer Recht drängen.

Bei medico reden wir im Kontext von Flucht und Migration von einem doppelten Recht, dem Recht zu bleiben und dem Recht zu gehen. Es liegt auf der Hand, dass beide Rechte nur miteinander, nur gemeinsam zu verwirklichen sind. Nur dort, wo niemand mehr aufgrund von Krieg und Zerstörung zur Flucht gezwungen wird, ist auch das Recht auf Freizügigkeit vollkommen. Nicht Flucht ist das Ziel, sondern Freizügigkeit, als Ausdruck höchster Freiheit.